Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erstellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 203 — Donnerstag, den 30. August 1928 — 23. Jahrgang

Die heutige Nummer

enthält u. a. folgende Beiträge:

Die Frau und das Heim.
Wo kommen die Edelsteine her?
Giftige Tiere in fremden Ländern.
Die Fahrt ins Goldland.

Wieder Ratstagung.

Am 30. August tritt in Genf wieder einmal der Völkerbundsrat zu einer Tagung — es ist die 51. — zusammen. Ganz zweifellos ist das Interesse für die Genfer Beratungen heute nicht mehr so groß, wie unmittelbar nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Allerdings wird man trotz allem den Vorgängen in der Schweizer Konferenzstadt volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen, ganz besonders, wenn mit Beginn der Vollversammlung des Bundes, die am 3. September ihren Anfang nimmt, die Kulissenverhandlungen beginnen, in denen hoffentlich die Rheinlandfrage eine sehr erhebliche Rolle spielen wird.

Zunächst aber muß man sich mit dem Rat begnügen, der sich wiederum einer ziemlich umfangreichen Tagesordnung gegenüber sieht. 28 Punkte umfaßt die Tagesordnung, von denen allerdings nicht alle politisches Interesse beanspruchen können. So sind u. a. z. B. behandeln Finanz- und Verwaltungsfragen des Völkerbundes, die Festsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten, dann gibt es Probleme wie Kinderschutz, oder wie etwa den Punkt 11, den Tätigkeitsbericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit, oder den Punkt 12 über die Satzung des internationalen Lehrfilminstitutes.

Daneben fehlen aber auch diesmal leider nicht die Minderheitenfragen, die ja den Völkerbundrat fast auf jeder seiner Tagungen beschäftigen, ohne daß doch bis heute irgend etwas Grundlegendes geschehen wäre. Eine vom Deutschen Volksbund in Kattowitz eingereichte Beschwerde, die sich mit der Schließung von deutschen Minderheitenschulen beschäftigt, zeigt erneut, wie Polen sich über alle Bestimmungen des Minderheitenrechtes hinwegsetzt und bestrebt ist, die Zahl der deutschen Schulen mit allen Mitteln herabzudrücken.

Große Bedeutung kommt ohne Zweifel dem neunten Punkte der Tagesordnung zu, jenem Punkt, der sich mit dem polnisch-litauischen Konflikt beschäftigt. Die Welt hat so oft ihr Interesse dieser Frage zuwenden müssen, daß man heute ein wenig müde geworden ist. Trotzdem verdient gerade vom deutschen Standpunkt aus dieser Punkt der Tagesordnung Beachtung. Man darf nicht vergessen, daß Litauen das Land ist, das an Ostpreußen angrenzt und man darf nicht übersehen, daß mit einem polnischen Litauen nicht nur Ostpreußen völlig in die polnische Zange käme, sondern daß damit auch der Landweg Deutschland—Rußland und weiterhin der Landweg Deutschland—Asien völlig von Polen abhängig werden würde. Deutschland hat mithin ein sehr großes Interesse daran, daß die gegenwärtige Machtverteilung im Osten keine Abänderung erfährt und daß nicht etwa Polen irgendein Mandat Litauen gegenüber erhält. Ganz zweifellos hat nun aber der litauische Ministerpräsident Woldemaras durch ein Ueberspannen des Bogens die schon ohnehin ihm nicht sonderlich günstige Stimmung noch weiter zu seinen Ungunsten verschlechtert. Auf der anderen Seite ist Polen sehr geschickt vorgegangen, es war ein äußerst kluger Schachzug, als Pilsudski in Wilna nur lustige Anekdoten erzählte und nicht mit dem Säbel rasselte, wie man vielfach gefürchtet hatte und es war ein nicht minder kluger Zug, als die polnische Regierung noch vor wenigen Tagen der Abhaltung einer polnisch-litauischen Konferenz sowohl für Königsberg wie für Genf zustimmte und damit vergessen machte, daß zunächst Polen die litauischen Anregungen zu derartigen Verhandlungen abgelehnt hatte.

Wie ungünstig die Stimmung für Woldemaras ist, dafür liefert den besten Beweis ein Leitartikel der Londoner „Times", der sehr scharf gegen Litauen und gegen Woldemaras Stellung nimmt. In diesem Artikel, der offenbar die Auffassung der britischen Völkerbundsabordnung wiedergibt, kommt die starke Verstimmung darüber zum Ausdruck, daß man sich immer wieder mit dem polnisch-litauischen Konflikt beschäftigen muß. So wird hier die Erwartung ausgesprochen, daß der Völkerbundsrat diesmal in energischerer Weise als es sonst üblich sei, Herrn Woldemaras über die möglichen Folgen seines Verhaltens Vorstellungen machen werde, zumal die Wilnafrage als tatsächlich geregelt bezeichnet werden müsse. Diese Ausführungen des englischen Blattes sollten dem litauischen Diktator zu denken geben, wenngleich er sich auch wohl darauf wird verlassen können, daß man auch diesmal in Genf das heiße Eisen Wilna nicht berührt, wie man ja auch im Dezember versuchte, den litauisch-polnischen Konflikt beizulegen, ohne auf die eigentlichen Ursachen einzugehen. Eine Politik, die typisch für Genf ist und auch noch auf lange Zeit hinaus bleiben dürfte.

Man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß man in der 51. Ratstagung überhaupt die polnisch-litauische Frage noch nicht zum Abschluß bringen wird, sondern daß die entsprechende Entschließung der 52. Ratstagung vorbehalten bleibt, die ja unmittelbar im Anschluß an die Vollsitzung des Völkerbundes stattfinden wird und die insofern ein verändertes Bild bieten dürfte, weil inzwischen die Vollsitzung die Neuwahlen für die ausscheidenden drei Ratsmitglieder, nämlich Holland, Columbien und China, vornehmen muß. Unter diesen Umständen werden, da zwei Ratstagungen und eine Vollsitzung bewältigt werden müssen, die Genfer Verhandlungen, wie stets im September, längere Zeit in Anspruch nehmen.

Gefälschte Briefe.

Die gegenwärtige konservative Regierung in London verdankt ihr Dasein nicht zuletzt einem Briefe, von dem diejenigen, zu deren Aerger und Not er bekannt geworden ist, heute noch immer behaupten, daß er gefälscht sei, während die anderen, die ihn erfolgreich benutzt haben, nach wie vor für seine Echtheit glauben eintreten zu müssen. Das ist der berüchtigte Sinowjew-Brief, dessen Photographie während der Regierungszeit MacDonalds in einem oppositionellen Londoner Blatt veröffentlicht wurde. Man hatte es in den konservativ-englischen Kreisen ungern gesehen, daß MacDonald, der neue Ministerpräsident aus der Arbeiterpartei, die diplomatischen Beziehungen mit Moskau wieder angeknüpft hatte und so kam dieser Brief, der von allerhand dunklen Plänen der russischen Revolutionspolitik in England sprach, sehr gelegen. Tatsächlich ist das Kabinett MacDonald vor allem durch diesen Brief gestürzt worden, von dem heute noch nicht einwandfrei feststeht, daß er echt ist. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht für eine Fälschung.

Das Schicksal will es nun, daß dasselbe konservative Kabinett, das mit Hilfe des Sinowjew-Briefes ans Ruder kam, ebenfalls von einem Briefe in seiner Existenz bedroht ist, von dem man wiederum nicht weiß, ob er echt oder falsch ist. Der Londoner Berichterstatter der „New York World" hat dieser Tage ein Gerücht weitergegeben, wonach amerikanische Zeitungen in den Besitz eines geheimen Briefes von Chamberlain an Briand gekommen seien, aus dem hervorgehe, daß zwischen England und Frankreich Abmachungen beständen über periodische Konferenzen englischer und französischer Marinesachverständiger sowie über gegenseitige Bekanntgabe von Flottendispositionen. Ferner sei darin die Ausarbeitung eines Programms vorgesehen für die Zusammenarbeit beider Flotten im Stillen und im Atlantischen Ozean, besonders zum Schutz des Seeweges nach China. In gleicher Weise sollten auch die militärischen Flugsachverständigen miteinander beraten. Sollte der Weltfriede bedroht werden, so würden beide Mächte sofort die Eventualität eines gemeinsamen Vorgehens erwägen.

Dieser angebliche Inhalt eines angeblichen Briefes ist eine Ausarbeitung der Befürchtungen, die man in Amerika ob der Absichten des englisch-französischen Marineabkommens hat. Der Brief kann daher gut erfunden sein, er kann aber auch echt sein, denn ein englisch-französisches militärisches Zusammengehen gibt es ja neuerdings bei den Manövern im besetzten Rheinland.

Aus London aber wird offiziell und inoffiziell bekanntgegeben, daß der Brief eine offenbare Fälschung sei, ein schriftlicher Gedankenaustausch habe nicht stattgefunden. So bleibt es aber noch möglich, daß ein mündlicher Gedankenaustausch nachträglich in der Form eines Briefes schriftlich fixiert worden ist. Jedenfalls ist die Unruhe in Amerika ob der Veröffentlichung noch größer geworden und auch in England ist man sehr nervös, da man sich irgendwie bloßgestellt vorkommt.

Um den Kellogg-Pakt spielen also mächtige Intrigen, deren letzte Auswirkungen noch recht sensationell werden können.

Schlechter Abrüstungswille

Keine Einigung über die Kontrolle der Rüstungsindustrien.

Ueber die grundlegende Frage der Kontrolle und Offenlegung der gesamten Erzeugung der staatlichen und der privaten Rüstungsindustrien konnte in dem Genfer Sonderausschuß zur Ausarbeitung eines Abkommens für die Kontrolle der Rüstungsindustrien auch gestern keine Einigung erzielt werden.

Die vom Redaktionskomitee vorgeschlagene Kompromißformel, die für die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrien Wertangabe ihrer Produktion mit maßgebenden Einzelheiten vorsieht, für die staatlichen Rüstungsindustrien sich aber auf die Wertangabe beschränkt, wurde von dem Berichterstatter Guerrero (Salvador) angesichts der von verschiedenen Staaten aufrecht erhaltenen Vorbehalte als unzulänglich bezeichnet. Man müsse sich daher fragen, ob es nicht besser sei, nach dem Scheitern der Verhandlungen vom Frühjahr 1927 nunmehr ein zweites Fiasko einzugestehen.

Da eine Einigung nicht möglich war, schlug der Vorsitzende Graf Bernstorff vor, dem Völkerbundsrat über die weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Vorbehalte zur Kontrollfrage unter Schilderung des gegenwärtigen Standes der ganzen Angelegenheit Bericht zu erstatten. In dem Bericht müßte nach seiner Auffassung gleichzeitig gesagt werden, daß eine Einberufung der geplanten Konferenz für die Kontrolle der Rüstungsindustrien noch nicht möglich sei und daher der Sonderausschuß zu einer neuen Tagung zusammentreten müsse.

Diesen Richtlinien für den Bericht wurde zugestimmt. Auf Anregung des polnischen Vertreters Sokal soll jedoch von der kategorischen Feststellung, daß die Konferenz noch nicht einberufen werden könne, abgesehen werden.

Wie Polen den Kelloggpakt auslegt.

Aus- statt Abrüstung.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte in Paris Pressevertretern gegenüber, es gebe Gegenden, in denen die Nationen gegeneinander rachsüchtige Gefühle hegten, wo indessen Klugheit und Mäßigung oft nicht der Gefühle und Leidenschaften Herr werden könnten. Man müsse also Lösungen suchen, die geeignet seien, die Sicherheit in diesen verschiedenen Gegenden zu schaffen, ohne aus dem Auge zu verlieren, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Gegenden nur gesichert werden könne durch Nationen, deren Interessen dort direkt in Frage stünden. Folglich sei es Aufgabe dieser Nationen die notwendigen Streitkräfte und Mittel zu stellen, um die Entfesselung der Feindseligkeiten unmöglich zu machen.

•

Nach Mitteilungen des „Pommereller Tageblattes" finden am 22. und 23. September große Felduebungen von Militärorganisationen auf dem Gelände zwischen Dirschau und Stargard statt. Die Kommandanten und Führer der einzelnen Organisationen sind angewiesen worden, unverzüglich mit den Vorbereitungen zu beginnen und ihre Mannschaften fleißig üben zu lassen. Die Militärorganisationen sind in Abteilungen und Kompagnien einzuteilen, wie es bei der polnischen Armee der Fall ist. Zur Teilnahme an den Manövern sind vorwiegend gediente Mannschaften zugelassen, doch auch Nichtmilitärs finden im Hilfsdienst Verwendung. Die Vorbereitung des Uebungsplanes und der Kampfhandlung unterliegt den Militärbehörden. Ein Filmoperateur ist engagiert worden, der die einzelnen Kampfhandlungen, den Aufmarsch und das Lagerleben aufnehmen soll.

Dr. Stresemanns Abreise.

Auf der Fahrt zum Bahnhof nahm Dr. Stresemann Gelegenheit, einen Umweg zu machen, um einige sehenswerte Gebäude von Paris im Vorbeifahren kennen zu lernen.

Die Einfahrt in den Bahnhof erfolgte so gut wie unbemerkt. Da Botschafter von Hoesch an dem Empfang der Bevollmächtigten für die Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes teilnahm, den der Präsident der Republik in Rambouillet veranstaltete, gaben Botschaftsrat Dr. Rieth in seiner Vertretung sowie andere Mitglieder der Botschaft dem Minister das Geleit. Auf dem Bahnsteig hatten sich in Vertretung des Chefs des Protokolls Herr Carrè sowie der Polizeipräfekt von Paris, Chiappe, eingefunden.

Als Dr. Stresemann den Bahnsteig durchschritt, um sich zu seinem an der Spitze des Zuges befindlichen Salonwagen zu begeben, grüßte ihn das auf dem Bahnsteig befindliche reisende Publikum durch Hutabnehmen und Tücherschwenken. Stresemann, der sich schon 15 Minuten vor Abfahrt des Zuges eingefunden und seinen Salonwagen bestiegen hatte, zeigte sich erst am Fenster, als sich der Zug in Bewegung setzte, und grüßte.

Gestern abend 8,32 Uhr ist Dr. Stresemann in seinem Salonwagen in Baden-Baden eingetroffen; er begab sich sofort mit seiner Begleitung im Automobil nach dem Hotel „Bellevue", wo er für die Zeit seines Nachkuraufenthaltes Wohnung genommen hat.

Stresemanns-Poincarés Unterredung.

Der Pariser „Temps" würdigt die Bedeutung der Unterredungen, die Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann mit Briand und Poincaré gehabt hat. Das Blatt hebt, wie bereits oft geschehen, hervor, daß das Räumungsproblem alle an der Besatzung beteiligten Mächte interessiere, und gelangt zu nachstehender Schlußfolgerung:

„Sollten diese Vorbehalte bedeuten, daß die Unterredungen Stresemanns mit Poincaré und Briand, über die man größte Zurückhaltung beobachtet, jeder Bedeutung entbehren? Niemand wird das ernstlich annehmen. Schon die Tatsache an sich, daß der französische Ministerpräsident sich in herzlicher Weise mit dem deutschen Minister des Aeußeren unterhalten und einen fünfviertelstündigen Meinungsaustausch mit ihm pflegen konnte, hat eine beträchtliche politische Bedeutung. Diese Tatsache bestätigt, daß sich in der internationalen Lage etwas geändert hat. Sie schafft auch ihrerseits wieder eine Atmosphäre und bedeutet einen Markstein für die Politik der Entspannung und Verständigung und der Annäherung."

Die „Information" glaubt berichten zu können, Stresemann habe die Feststellung machen können, daß der französische Ministerpräsident vollkommen die Politik Briands billigt, daß